

Antworten Meinungsumfrage/ Fragen der Freiberufler

von Walburga (Wally) Kössler Thaler

Gemeindereferentin für Urbanistik, Bauwesen und Kultur in der Gemeinde Eppan

1. Wie bereits in der Fragestellung gesagt, beruht die Bürokratie auf einer Kriminalisierung bzw. auf ein mangelndes Vertrauen in die Bürger und in die Entscheidungsträger. Je weniger Vertrauen man hat, desto detaillierter muss jede Kleinigkeit belegt und begründet werden. Die Grundlage für weniger Bürokratie muss das Vertrauen in Bürger und Entscheidungsträger sein. Allerdings müssen auch Bürger und Entscheidungsträger auf der Grundlage einer gewissen „Moral“, sprich Ehrlichkeit und Transparenz handeln, die nicht immer feststellbar ist. Gesetze werden oft nachgerüstet, weil „Schlaumeier“ den gegebenen Spielraum ausnützen.

So lange es für jede Entscheidung hunderte Belege braucht um jede Kleinigkeit nachzuweisen, werden wir mit übertriebener Bürokratie zu kämpfen haben. Ob nun kompromisslose Vorschläge zum Abbau von bürokratischen Hürden aufgenommen und umgesetzt werden können, hängt natürlich von den Vorschlägen selbst ab. Es steht aber außer Frage, dass die Bürokratie unbedingt und dringend abgebaut werden muss.

2. Jeder Bürger muss in einem angemessenen Zeitraum eine qualifizierte Antwort erhalten. Selbstverständlich ist es auch mein Bestreben allfällige Missstände in den öffentlichen Verwaltungen zu bekämpfen, keine Frage.
3. Es ist leider ein allseits bekanntes Problem, dass die Landesgesetze und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen sehr oft so formuliert sind, dass nur mehr Fachleute verstehen worum es überhaupt geht. Ein Gesetz gilt für alle und muss folglich auch für alle lesbar sein, die es betrifft. Das italienische Vergabegesetz ist ein gutes Beispiel, was herauskommt, wenn sich nur Experten an der Formulierung eines Gesetzes beteiligen. Hier wäre es meines Erachtens wichtig, dass bei der Formulierung von Texten nicht nur die Fachleute mitschreiben, sondern dass auch die davon betroffenen Berufsgruppen bei der Ausarbeitung der Bestimmungen zu Rate gezogen werden.
4. Es steht aber außer Frage, dass die Schließung der Außenstellen nicht nur für betroffenen Berufsgruppen, sondern für die gesamte Bevölkerung einen großen Verlust darstellen und deshalb unbedingt alles versucht werden sollte, um diese beibehalten zu können, auf allen politischen und außerpolitischen Ebenen.
5. Natürlich unterstütze ich den Vorschlag, vor etwaigen Reformen des Raumordnungsgesetzes über den eigenen Tellerrand zu schauen und die positiven Erfahrungen und Beispiele anderer Gebiete im alpinen Raum einfließen zu lassen. Dies kann nur eine Bereicherung sein und bewahrt uns ggf. davor, Fehler zu machen, die man vermeiden kann indem man sich informiert, welche Erfahrungen andere Gebiete bereits gemacht haben.

Information und grenzüberschreitender Gedankenaustausch kann nie falsch sein.

6. Es nützt nichts, wenn Beamte, die mit öffentlichem Geld bezahlt werden, den Freiberuflern Konkurrenz machen und so zu einem Hemmschuh für gewisse wirtschaftliche Entwicklungen werden. „Schuster bleib bei deinen Leisten“, entsprechend sollte auch die öffentliche Hand nur die institutionell notwendigen Bereiche abdecken und der Wirtschaft ihren Freiraum lassen. Nur so kann eine wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig gesichert werden. Weiters macht es keinen Sinn, einen Beamten für eine Arbeit zu bezahlen und auf der anderen Seite womöglich Maßnahmen ergreifen zu müssen, um die Wirtschaft anzukurbeln.
7. Wie bereits bei Frage 3 geantwortet, auf jeden Fall sollten die betroffenen Berufsgruppen bei der Ausarbeitung von Gesetzen oder Gesetzesänderungen konsultiert werden, keine Frage, schließlich wissen die Leute aus der Praxis am Besten, wie sich gewisse Entscheidungen in der täglichen Anwendung niederschlagen.
8. Ich fände in gewissen Bereichen eigene Sprechstunden oder Zeitfenster für einen Parteienverkehr ausschließlich für Freiberufler sehr wichtig. Ich selbst handhabe das in Eppan seit meiner Beauftragung als Referentin auch so. Da habe ich zum einen die allgemeinen Sprechstunden, mache aber immer wieder eigene Termine mit Technikern und Planern um Projekte einer gewissen Komplexität zu besprechen. Ich beziehe auch gegebenenfalls bereits in der Planungsphase weitere Entscheidungsträger mit ein, um etwa notwendige Kompromisse auszuhandeln: Sich an einen Tisch zu setzen spart Zeit, Ärger und Zettelwirtschaft. Auch bin ich der Ansicht, dass die Themen der Freiberufler meist deutlich komplexer sind, als jene der anderen Bürger.
9. Ich bin ganz der Meinung, dass die Ausübung sämtlicher Berufe erleichtert werden muss. Dies gilt für Freiberufler genauso wie für Handwerker. Es steht aber auch außer Frage, dass etwaige Ungleichbehandlungen verschiedener Berufsgruppen nicht hinnehmbar sind und ich würde mich mit großem Einsatz dafür einsetzen, etwaige Defizite oder Ungleichbehandlung zu bekämpfen und mich für jede Erleichterung zur Ausübung eines Berufes einsetzen. Es kann nicht sein, dass gewisse Berufsgruppen stärker unterstützt werden als andere. In diesem Sinne sollen in Zusammenarbeit mit den betroffenen Sparten etwaige Vorschläge ausgearbeitet werden.

Dr. Walburga Kössler